

# Bundestagswahl 2013 – Demokratie zum Abgewöhnen?

von Ulrich Irion

„Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein.“ Dieses bekannte Diktum von Oskar Negt zitiert Hasso Rosenthal in seinem Plädoyer für mehr politische Bildung im Auswege-Magazin vom 31. Juli 2013 („Politische Bildung muss wieder als wichtiges Ziel der Reformen angepackt werden“). Der diesjährige Bundestagswahlkampf, so der verbreitete Eindruck am Beginn der Schlussrunde Ende August, dürfte eher von politischem Lernen abschrecken. Hier eine kleine Übersicht über die Problemlage, die vor allem auf neuere Diskussionsbeiträge zum Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus eingeht.

## 1. Ein „Wahlkampf, der keiner ist“

Die Bundestagswahl samt der Aussicht auf einen heißen Wahlkampfsommer ist in diesem Jahr beim Wahlvolk wie bei den Spezialisten, gelinde gesagt, auf wenig Begeisterung gestoßen. Man beschwert sich über lahme, primitive oder ungeschickte Wahlkampfauftritte, prominente Intellektuelle wie Harald Welzer rufen zur Wahlenthaltung auf, Kabarettisten verulken den Betrieb... Ulrich Deppendorf (ARD, 7.8.13) mokiert sich über einen „Wahlkampf, der keiner ist“. Ein Kommentar „Wahlkampf – große Flaute“ in der Süddeutschen Zeitung (19.8.13) bringt die Beschwerden auf den Punkt: „Der wichtigste Unterschied zwischen CDU und SPD scheint zu sein: Die einen sind an der Regierung, die anderen in der Opposition... Es fehlt der Kontrast, es fehlt die Alternative.“

Jürgen Habermas hat zu der Debatte einen engagierten Essay (2013b) beigesteuert. Er wirft der politischen Klasse

**Missbrauchen PolitikerInnen die Wahlen dazu, auf Kosten der Konkurrenz an die Macht zu gelangen?**

„Elitenversagen“ vor. Sie habe es nicht gewagt, den Wählerinnen und Wählern die Schicksalsfrage der Nation – Wie soll Deutschland seine Führungsrolle in Europa wahrnehmen? – als Thema vorzulegen, aus dem sich ein lebendiger Disput und parteipolitische Alternativen entwickeln ließen. Angesichts der europäischen Krisenlage hätte man das Publikum mit den – notfalls auch unpopulären – Herausforderungen eines weiter gehenden EU-Integrationsprozesses konfrontieren müssen. Die Kri-

tik trifft alle Parteien, besonders aber die CDU unter Merkel. Die „clevere Kanzlerin“, so Habermas, entziehe „der Bundestagswahl zum zweiten Mal jedes kontroverse Thema“.

Habermas, Deutschlands führender Demokratieidealist, hat mit seiner Zustandsbeschreibung natürlich recht. Er stört sich am Realismus des politischen Personals. Politiker und Politikerinnen nehmen Wahlen nämlich nüchtern als Bedingung und Gelegenheit, auf Kosten der Konkurrenz an die Macht zu gelangen. Und da kann es einer regierenden Partei schon einmal angebracht erscheinen, mit großer Gelassenheit und geringem wahlkämpferischen Tamtam auf die eigene Führungsrolle zu verweisen – was Merckels Konkurrenten und kritischen Beobachtern dann als Taktik des Einschläferns unangenehm aufstößt. Habermas nennt das „tranquillistisches Herumwursteln“. Dabei könnte er es in demokratietheoretischer Hinsicht besser wissen, denn er hat eine neue Debatte über das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus mit in Gang gesetzt.

## 2. Demokratie und/oder Kapitalismus

Auslöser der Debatte war Wolfgang Streecks Buch „Gekaufte Zeit“ (2013) über die Krise des demokratischen Kapitalismus, auf das Habermas im Frühjahr 2013 mit seinem Aufsatz „Demokratie oder Kapitalismus?“ reagierte. Streeck hatte das von Deutschland betriebene Krisenmanagement in der EU kritisiert – in politischer wie ökonomischer Hinsicht. Habermas griff in seinem Aufsatz Streecks Sorge, dass der „forcierte Exekutivföderalismus eine ganz neue Qualität der Herrschaftsausübung in Europa herbeiführen wird“, auf und prognostizierte, dass sich diese „alarmierende Entwicklungstendenz..., obwohl sie die historische Verbindung von Demokratie und Kapitalismus aufkündigt, wahrscheinlich sogar durchsetzen wird.“ (Habermas 2013a, S. 61)

Thomas Steinfeld hat sich in einem Kommentar (2013) kritisch zu dieser Debatte geäußert: „An Karl Marx appellieren gegenwärtig

**Kann man zum Nationalstaat zurückkehren und das big business damit in die Schranken verweisen?**

viele, meist in Gestalt einer theoretisch wie praktisch höchst diffusen Koketterie mit der Idee, die Welt werde ja doch vom Geld regiert.“ Steinfeld stimmt Habermas zu, wenn dieser auf den wunden Punkt von Streecks Konzeption aufmerksam macht, nämlich auf die Hoffnung, man könnte angesichts internationalisierter Finanzmärkte wieder zum guten alten Nationalstaat zurückkehren und so das big business in seine Schranken weisen. In der Tat wäre es eine fatale Konsequenz, wenn gegen die

Macht des Kapitals, die jetzt wieder als der Inhalt der demokratischen Ordnung entdeckt wird, die Perspektive der Renationalisierung gesetzt würde.

Was Steinfelds Kommentar zugleich hervorhebt, ist die Schwachstelle in Habermas' Argumentation: Wenn dieser seinem Kontrahenten Streeck eine „nostalgische Option“ bescheinigt, so trifft ihn der Vorwurf in ähnlicher Weise. Denn Habermas kennt im Grunde den Staat genauso als rettende Instanz. Sein Setzen auf die supranationale Demokratie, die sich in Europa herausbildet und die keine Rückkehr zur früheren Staatenkonkurrenz zulassen soll, arrangiert sich ja ebenfalls mit der Tatsache, dass Europa ein Werk mächtiger Nationalstaaten ist und bleibt. Dass deren Konkurrenz im Rahmen eines gemeinsamen Marktes mit einer gemeinsamen Währung die Domestizierung des Kapitalismus verbürgen soll, die national nicht geht, ist keineswegs einsichtig.

**Kann ein gemeinsamer Markt in Europa mit einer gemeinsamen Währung den Kapitalismus domestizieren?**

### **3. Demokratie als soziale Utopie?**

Die von Habermas angesprochene historische Verbindung von Demokratie und Kapitalismus wird in einer aktuellen Veröffentlichung von David Salomon, der auch zu Fragen der politischen Bildung publiziert, auf kompakte Weise nachvollzogen. Seine Demokratiekonzeption steht in der Tradition von Wolfgang Abendroth. Der formulierte in den 1950er Jahren: „Demokratie ist ihrem Wesen nach gleichberechtigte Teilnahme aller an der gemeinsamen Regelung der gemeinsamen Aufgaben, tendenzielle Identität von Regierenden und Regierten“; und er hatte im Hinblick auf den gesellschaftlichen Inhalt dieser Staatsform präzisiert: „Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird.“ (Abendroth zit. nach Salomon 2012, S. 12, 16)

Salomons gut lesbares Buch bringt eine knappe historische Herleitung dieser Idee. Ausgehend von der antiken Polis zeichnet es den sozialen Emanzipationsprozess des Bürgertums und der Arbeiterklasse seit dem 17. Jahrhundert über die großen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts bis zum 20. Jahrhundert nach. Endpunkt ist bei ihm die neuere Diagnose der „Postdemokratie“ (Colin Crouch) – eine Diagnose, die auch von Streeck und Habermas geteilt wird, die Salomon aber mit kritischen Anfragen konfrontiert. Er steht Ideen einer Neubelebung der repräsentativen Demokratie, wie sie in der politischen Bildung gerade im Blick auf die Mobilisierung parti-

zipatorischer Potenziale gefordert wird, skeptisch gegenüber. Hier verweist er etwa auf neuere Analysen von Thomas Wagner, der in der Partizipationseuphorie den Weg in eine „Mitmachfalle“ (2013) entdeckt hat.

Für Salomon ist die Fokussierung auf den sozialen Inhalt der politischen Ordnung entscheidend. Seine Demokratiekonzeption basiert auf der Dichotomie von sozialer und liberaler (oder formaler) Demokratie, wobei er für den historischen Prozess seit der „Glorious Revolution“ im England des 17. Jahrhunderts zahlreiche Mischformen konstatiert. Die marxische Position – von der frühen Auseinandersetzung mit Hegel bis zur Kritik des Gothaer Programms – ist für ihn die soziale Fortsetzung der politischen Revolution: „Das Proletariat in Marxs Theorie beerbt und radikalisiert die Jakobiner der Französischen Revolution“ (Salomon 2012, S. 62). Sozialismus ist vollendete Demokratie, deren Zweck in der Aufhebung der Klassen besteht. Dieser historische Prozess ist jedoch nur als Aufgabe oder Auftrag greifbar, wie Salomon abschließend festhält, nicht als Wirklichkeit des heutigen politisch-ökonomischen Verhältnisses.

## Ist die Mobilisierung einer demokratischen Partizipation eine Mitmachfalle?



©Foto: Dietmar Meinert / www.pixelio.de

#### 4. Demokratie - die „perfekte Form bürgerlicher Herrschaft“?

Einen Kontrapunkt dazu setzt, wie nicht anders zu erwarten, die marxistische Vierteljahreszeitschrift „Gegenstandspunkt“, deren verantwortlicher Redakteur Peter Decker zum Wahlkampf ein einschlägiges Buch herausgegeben hat. Ganz zeitgemäß ist die Sammlung von Aufsätzen allerdings nicht, denn die Texte stammen aus den Jahren 1993 bis 2009. Das Material zur Kritik der Wahlkämpfe ist den 1990er Jahren entnommen; neuere Analysen betreffen vor allem die US-amerikanische Entwicklung von Bush jr. zu Obama. In dem Buch werden die Streitpunkte der marxistischen Debatte und so der Kern der gegenwärtigen Kontroverse deutlich.

Aktuell ist die Analyse darin, dass sie das Unbehagen, das sich derzeit in der Bundesrepublik artikuliert, zu erklären ver-


**Sollen die arbeitenden Menschen mit ihrer Wahl den kapitalistischen Standort bestätigen?**

sucht. Die Grundthese lautet, dass der Bürger am Wahltag grundsätzlich keine Wahl hat. Wenn das Volk zur Urne gebeten wird, dürfe es natürlich etwas entscheiden – nämlich, wo es sein Kreuz machen will. Das sei genau der Akt der politischen Einflussnahme, mit dem es seine Souveränität ausüben soll, und der wahre Inhalt der Wahl; diese damit eine Klassenfrage. Die arbeitenden Menschen, die hierzulande als „Humankapital“ ihre Bestimmung haben, würden zur Akklamation derjenigen aufgerufen, die über sie verfügen. „Mit den Wahlkreuzen“, so heißt es im Klappentext, „legitimiert sich eine Herrschaft, die sich auf die Unabhängigkeit von ihrer Basis – vom 'Druck der Straße' – viel zugute hält und von ihrer Freiheit regen Gebrauch macht.“ Die Notwendigkeiten der politischen Gewalt, die über einen kapitalistischen Standort gebietet, stehen demnach sachgemäß nicht zur Wahl, sondern nur die Varianten des Personals.

In diesem Punkt gibt es zur Zeit eine Konvergenz der (neo-)marxistischen Debatte, ja vielleicht sogar darüber hinaus. Denn bis ins linksliberale und konservative Lager hinein artikuliert sich ein Unbehagen daran, dass Demokratie, nach Merckels geflügeltem Wort, „marktkonform“ zu sein habe. Es ist seit den Jahren der Krisenbereinigung deutlich geworden, dass – plakativ gesprochen – ein Diktat der Finanzmärkte existiert. Die Geldwirtschaft setzt Imperative, die die Politik nachzuvollziehen hat. Auch Salomon, der in der marxistischen Tradition Belege dafür findet, dass die Demokratie als die perfekte politische Form des Kapitalismus fungiert, würde dem zustimmen. Die Differenz liegt darin, ob dies als eine Deformation oder als ein adäquates Verhältnis gefasst wird.

Die Analyse des Gegenstandspunkts insistiert auf Letzterem. Sie geht minutiös die Techniken der Wahl, des Wahlkampfes, der modernen Personalisierung des politi-

schen Geschehens und der Demokratisierungsforderung als Bestandteil imperialer Politik durch. Sie nimmt das demokratische Procedere als eine Technik ernst, Herrschaft zu legitimieren – mit dem Resultat, dass diese sich Handlungsfreiheit erwirbt und gerade nicht durch die Interessen oder das Votum der unteren sozialen Klassen gebunden ist.

Alles in allem zeigt die neuere Diskussion über den sozioökonomischen Inhalt der Demokratie, dass der Rückgriff auf die marxsche Theorie, der in ökonomischen Fragen seit der großen und längst noch nicht ausgestandenen Finanzkrise immer wieder angemahnt wird, auch im Blick auf die politischen Fragen von Bedeutung ist. Für die politische Bildung könnte eine solche gesellschaftstheoretische Rückbindung ebenfalls von Nutzen sein – es bewahrte sie zumindest davor, auf die allseits konstatierten demokratischen Defizite kurzschlüssig mit idealistischen Vorstellungen von direkter oder aktiver Demokratie zu reagieren. In diesem Sinne könnte man auch Negts Votum auslegen: dass Demokratie ein ständiges Weiterlernen erfordert, um nicht in naiven Vorstellungen vom staatsbürgerlichen Pflichten- und Rechtekatalog zu verharren. 

**Werden demokratische  
Techniken dazu benutzt,  
Herrschaft zu legitimieren?**

## Literatur

Decker, P. (Hrsg.) (2013): Demokratie. Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft. München: Gegenstandspunkt.

Habermas, J. (2013a): Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5, S. 59-70. (Der Aufsatz ist jetzt auch in Habermas' Kleinen politischen Schriften XII „Im Sog der Technokratie“, Berlin 2013, Edition Suhrkamp, Nr. 2671, greifbar.)

Habermas, J. (2013b): Ein Fall von Elitenversagen. In: Spiegel, Nr. 32, S. 26-27.

Salomon, D. (2012): Demokratie. Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie. Köln: PapyRossa.

Steinfeld, Th. (2013): Das andere Mal als lumpige Farce. Ein Fall von kalkulierter Folgenlosigkeit: Jürgen Habermas und Wolfgang Streeck debattieren darüber, wie die Welt vor dem Geld zu retten sei. In: Süddeutsche Zeitung, 27.5.

Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp. (Zur Bedeutung von Streecks Thesen für die politische Bildung vgl. die Rezension in Journal für politische Bildung 3/13.)

Wagner, Th. (2013): Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument. Köln: PapyRosa.

Welzer, H. (2013): Das Ende des kleineren Übels. Warum ich nicht mehr wähle. In: Spiegel, Nr. 13, S. 122-123.

**\*Über den Autor**

*Ulrich Irion, geb. 1954, promovierte in Philosophie und lebt als Publizist in Köln.*

**Kontakt:**

*Uirion@aol.com*